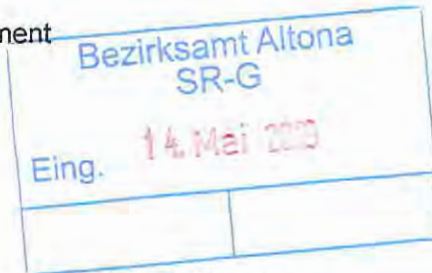


Der/die Antragstellende			
Ansprechpartner*in	HOLGER ARTUS	Geburtsdatum (nur bei Privatpersonen)	23.12.1955
Telefon	0401 45 46 18	Vereins-/Handelsregister-Nr. (nicht bei Privatpersonen)	
Anschrift	AGATHENSTR. 10, 20357 HAMBURG		
E-Mailadresse	holgerartus@gmail.com		

Kontoinh.*in	S.O.
Bankinstitut	Spardebank Hamburg
IBAN	

Bezirksamt Hamburg-Altona  
 Fachamt Sozialraummanagement  
 Finanzplanung - A/SR-2 -  
 Platz der Republik 1  
 22765 Hamburg



Antrag auf Zuwendung für die Zeit vom \_\_\_\_\_ bis 31.07.2019

Hiermit beantragen wir eine Zuwendung aus:

und bitten um Überweisung auf das o.a. Konto.

1.	Name/Arbeitstitel des <b>Projektes</b> (Nähere Beschreibung der Maßnahme bei Bedarf bitte extra beifügen - siehe Hinweise am Ende.): Erinnerungstafel Juden - Deportation 15. und 19. Juli 1942 Volksschule Schanzensgräbe	
2.	<b>Kostenplan</b> (Ein detaillierter Kosten- und Finanzierungsplan ist bei Bedarf als Anlage beizufügen.)	<b>EURO</b>
A.1	Personalausgaben (*)	/
A.2	Sachausgaben - gesamt	1.900,-
A.3	Sonstige Ausgaben - gesamt	1.900,-
A.4	<b>Summe der Ausgaben (A.1 bis A.3)</b>	
B.1	Vorhandene Eigenmittel (feststehend)	/
B.2	Einnahmen	/
B.3	Drittmittel	/
B.4	<b>Summe der Einnahmen und Eigenmittel (B.1 bis B.3)</b>	/
C	Fehlbedarf (A4 minus B4)	1.900,-
D	<b>Beantragte Zuwendungshöhe</b>	1.900,-
E	Differenz (C minus D)	€ 0

(\*) siehe Seite 2

(\*) wenn beantragt, bitte beachten:

### Besserstellungsverbot

Wird das Personal besser gestellt als vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg (siehe Nr. 1.3 der ANBest-P)?

ja  nein

Wird das Personal aufgrund eines vom TVL abweichenden Tarifvertrages bezahlt? Wenn ja, welcher Tarifvertrag?

ja  nein

Werden die Gesamtausgaben der oder des Zuwendungsempfängenden überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert?

ja  nein

Der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn wird beachtet.

Bei der Angabe zu Honorarkosten (im Kosten- und Finanzierungsplan) sind unbedingt die benötigte Stundenzahl sowie der Stundensatz darzustellen.

Es wird versichert, dass für denselben Zweck oder einem mit ihm verbundenen Zweck (bei dieser oder) anderen Stellen keine weiteren Zuwendungen beantragt wurden bzw. werden. Darüber hinaus wird versichert, dass bisher keine Zuwendungen von dritter (oder dieser) Stelle bereits bewilligt oder in Aussicht gestellt sind. Einnahmen über weitere Zuwendungen werden mit Benennung der zuwendungsgebenden Stelle im Fachamt Sozialraummanagement angezeigt.

Gibt es Überschneidungen mit anderen öffentlich geförderten Projekten, bei denen die/der Antragstellende selbst oder sie/er gemeinsam mit einem anderen öffentlich geförderten Träger die gleichen personellen und/oder sächlichen Ressourcen nutzt?

ja  nein

Wenn ja, welche sind das? Welche Stellen fördern diese Projekte?

In welcher Form ist eine nachvollziehbare Kostenzuordnung vorgenommen worden?

Sind der/dem Antragstellenden für denselben Zweck bereits früher Zuwendungen gewährt worden?

ja  nein

Wenn ja, Angabe des Zeitpunktes der Bewilligung, der bewilligenden Stelle und der Höhe der Zuwendungen:

Wurden frühere Anträge für denselben Zweck abgelehnt?  
Wenn ja, **bitte begründen:**

ja  nein

Wurde mit der Maßnahme bereits begonnen?

ja  nein

Besteht eine Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 UStG?  
Wenn ja, sind die sich daraus ergebenden Vorteile besonders  
auszuweisen und von den Ausgaben abzusetzen.

ja  nein

Ist die Durchführung des Projektes ohne Zuwendung mög-  
lich? Wenn nein, **bitte begründen:**

ja  nein

Wir sind eine Initiative aus sechs Imi, haben  
und haben nicht die Mittel, dies zu bezahlen.  
Wir organisieren darüber hinaus eine Kundgebung  
am 15. Juli 2019, deren Kosten wir tragen (800,- €)

Ich erkläre/Wir erklären, dass alle bisher bewilligten öffentlichen Mittel ordnungsgemäß abgerechnet worden sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben Daten der Zuwendung nach § 7 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft in Bürgerschaftsdrucksachen veröffentlicht werden können und dass Zuwendungsdaten aufgrund des Hamburgischen Transparenzgesetzes in elektronischer Form im Informationsregister veröffentlicht werden. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zuwendungszwecks nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Bürgerschaftsdrucksachen werden auch im Internet veröffentlicht.

Mir/Uns ist ferner bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten zur Ermittlung und Überprüfung der Höhe der Zuwendung und der Einhaltung des Besserstellungsverbot erforderlich ist – vgl. Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe e und Absatz 3 Satz 1 Buchstabe b Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 4 Hamburgisches Datenschutzgesetz (HmbDSG).

Mir/Uns sind die Inhalte des in diesem Zusammenhang übermittelten bzw. im Internet zur Verfügung gestellten Informationsschreibens nach Art. 13 DSGVO bekannt. Ich habe/Wir haben ggf. das mir/uns übermittelte Informationsschreiben zur Erhebung von Daten bei Dritten nach Artikel 14 DSGVO an die betroffenen Beschäftigten weitergeleitet.

Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und bestätige/n den Empfang eines Abdruckes der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P). Ich/Wir versichere/versichern zugleich, dass ich/wir mit dem Inhalt der ANBest-P einverstanden bin/sind.

**Hinweis zur Projekt- bzw. Zweckbeschreibung**

Alle Anträge werden auf der Basis einer bei Bedarf zusätzlich eingereichten Projektbeschreibung geprüft. Diese legt den Zweck der Mittelverwendung ggf. unter Angabe von Zielgruppe(n) (auch Anzahl der Nutzer\*innen), des Zieles, der Methoden und weiteren Rahmenbedingungen (bspw. Wochentag/Tag, Dauer, Uhrzeit von Beginn und Ende der Veranstaltung/Maßnahme, Ort, Aktivität der geplanten regelmäßigen bzw. einmaligen Veranstaltung/Maßnahme usw.) fest und berücksichtigt Vorgaben ggf. vorhandener Global- und/oder Förderrichtlinien.

Weitere Fragen können ggf. relevant sein: Planen Sie zusätzliche projektbezogene Aktivitäten (Details zur Vorbereitungszeit, Kooperationspartner\*innen, etc.)? Welche Aktivitäten zur Öffentlichkeitsarbeit haben Sie für das Projekt geplant (z.B. Flyer, Plakate, Pressemitteilungen, Zeitungsberichte, Artikel in Fachzeitschriften, Rundfunk- und Fernsehbeiträge, Infostände)? Haben Sie vor, die Zufriedenheit der Teilnehmer\*innen zu erheben? Wenn ja, in welcher Form?

Diese Projektbeschreibung kann ein formloses, jedoch rechtsverbindlich unterschriebenes Anschreiben sein.

**Hinweis zu Beschaffungen bzw. Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen**

Als Nachweis für eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Zuwendung sind vergleichbare Kostenvoranschläge konkurrierender Unternehmen einzuholen. Daher sind bei einem Auftragswert über 1000,00 € (netto) mit dem Antrag drei Kostenvoranschläge einzureichen.

13. Mai 2019



Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift der/des Antragstellenden

**Anlagen:**

- ANBest-P (zum Verbleib)
- Informationsschreiben nach Artikel 13 und 14 DSGVO (zum Verbleib)
- ✓ ✓ Anlage A (Kosten- und Finanzierungsplan, wenn Seite eins nicht ausreicht.)
- ✓ Erklärung zur Buchführung
- ggf. Personalbögen für Mitarbeiter\*Innen (bei beantragten Personalkosten)
- ✓ Liste der Vertretungsberechtigten (juristische Personen)
- Ausweiskopie bei Erstantragstellern, wenn der Ausweis nicht persönlich vorgelegt wird (natürliche Personen).
- ggf. Projekt- bzw. Zweckbeschreibung

5

**Anlage A**

(Stempel Antragstellende/r)

zum Antrag für das Jahr 2019 für das Projekt:

**Kosten- und Finanzierungsplan**

**1. Personalkosten**

<b>Name, Vorname:</b>	/		<b>1.1</b>
Stelle (z.B. Sozialpädagoge, Erzieher):	/		
Entgeltgruppe und Stufe nach TV-L:		Wochenarbeitsstunden:	
Werden vermögenswirksame Leistungen gezahlt?	ja	nein	
Personalkosten in Anlehnung an TV-L gegebenenfalls inklusive weiterer Entgeltbestandteile (bspw. vermögenswirksame Leistungen) und der Arbeitgebersozialabgaben:	/		
Berufsgenossenschaftsanteil:	/		
<b>Gesamtkosten</b>	/		

<b>Name, Vorname:</b>	-		<b>1.2</b>
Stelle (z.B. Sozialpädagoge, Erzieher):	/		
Entgeltgruppe und Stufe nach TV-L:		Wochenarbeitsstunden:	
Werden vermögenswirksame Leistungen gezahlt?	ja	nein	
Personalkosten in Anlehnung an TV-L gegebenenfalls inklusive weiterer Entgeltbestandteile (bspw. vermögenswirksame Leistungen) und der Arbeitgebersozialabgaben:	/		
Berufsgenossenschaftsanteil:	/		
<b>Gesamtkosten</b>	/		

<b>Name, Vorname:</b>	.		<b>1.3</b>
Stelle (z.B. Sozialpädagoge, Erzieher):	/		
Entgeltgruppe und Stufe nach TV-L:		Wochenarbeitsstunden:	
Werden vermögenswirksame Leistungen gezahlt?	ja	nein	
Personalkosten in Anlehnung an TV-L gegebenenfalls inklusive weiterer Entgeltbestandteile (bspw. vermögenswirksame Leistungen) und der Arbeitgebersozialabgaben:	/		
Berufsgenossenschaftsanteil:	/		
<b>Gesamtkosten</b>	/		

<b>Gesamtaufwand Personalkosten</b> (1.1 – 1.3 bei bis zu drei Arbeitnehmern.):	/
---------------------------------------------------------------------------------	---

6

Hinweis: Bei bis zu drei Stellen entfällt diese Seite des Kosten- und Finanzierungsplanes.

<b>Name, Vorname:</b>		<b>1.4</b>
Stelle (z.B. Sozialpädagoge, Erzieher):		
Entgeltgruppe und Stufe nach TV-L:	Wochenarbeitsstunden:	
Werden vermögenswirksame Leistungen gezahlt?	ja	nein
Personalkosten in Anlehnung an TV-L gegebenenfalls inklusive weiterer Entgeltbestandteile (bspw. vermögenswirksame Leistungen) und der Arbeitgebersozialabgaben:		
Berufsgenossenschaftsanteil:		
<b>Gesamtkosten</b>		

<b>Name, Vorname:</b>		<b>1.5</b>
Stelle (z.B. Sozialpädagoge, Erzieher):		
Entgeltgruppe und Stufe nach TV-L:	Wochenarbeitsstunden:	
Werden vermögenswirksame Leistungen gezahlt?	ja	nein
Personalkosten in Anlehnung an TV-L gegebenenfalls inklusive weiterer Entgeltbestandteile (bspw. vermögenswirksame Leistungen) und der Arbeitgebersozialabgaben:		
Berufsgenossenschaftsanteil:		
<b>Gesamtkosten</b>		

<b>Name, Vorname:</b>		<b>1.6</b>
Stelle (z.B. Sozialpädagoge, Erzieher):		
Entgeltgruppe und Stufe nach TV-L:	Wochenarbeitsstunden:	
Werden vermögenswirksame Leistungen gezahlt?	ja	nein
Personalkosten in Anlehnung an TV-L gegebenenfalls inklusive weiterer Entgeltbestandteile (bspw. vermögenswirksame Leistungen) und der Arbeitgebersozialabgaben:		
Berufsgenossenschaftsanteil:		
<b>Gesamtkosten</b>		

<b>Name, Vorname:</b>		<b>1.7</b>
Stelle (z.B. Sozialpädagoge, Erzieher):		
Entgeltgruppe und Stufe nach TV-L:	Wochenarbeitsstunden:	
Werden vermögenswirksame Leistungen gezahlt?	ja	nein
Personalkosten in Anlehnung an TV-L gegebenenfalls inklusive weiterer Entgeltbestandteile (bspw. vermögenswirksame Leistungen) und der Arbeitgebersozialabgaben:		
Berufsgenossenschaftsanteil:		
<b>Gesamtkosten</b>		

<b>Gesamtaufwand Personalkosten (1.1 – 1.7)</b>		
-------------------------------------------------	--	--

2. Sachkosten	
Instandhaltung/Reparaturen (ohne Kfz)	/.
Reinigung (Gebäudereinigung)	/.
Miete/Pacht	/.
Energie (Strom, Heizung, Gas)	/.
Müllabfuhr/Gehwegreinigung	/.
Gebühren (Wasser, Niederschlagswasser und Sied)	/.
Versicherungen (ohne Kfz)	
1.	
2.	
3.	
4.	
5.	
Büromaterial	/.
Bücher/Zeitschriften (Fachliteratur)	/.
Fernsprechgebühren (Telefon/Fax/Internet)	/.
Sicherheitstechnische Betreuung (Alarmaufschaltung)	/.
Verbandsbeiträge	/6
Sonstiges – Die Kosten sind hier detailliert aufzuführen:	
1. Anbringung der Erinnerungstafel	200,-
2. Produktion des Textes (sehen)	400,-
3. Erstellung der Emaille-Tafel	1.000,-
4.	
5.	
Fortbildungskosten	/.
Pädagogische Sachkosten	
<b>Gesamtaufwand Sachkosten</b>	<b>1.600,-</b>

**3. Honorare**

Anzahl der Honorarkräfte: <u>1</u>		
Angebote	Anzahl Honorarstunden	Honorarsätze
Thomas CURA + Recherche in Dokumenten zur sachlichen Überprüfung + Zusammenfassung der Recherche + Stichprobencheck bei Zustellung der Abschnitte der dtd. Judik.	10	30,-

Gesamtaufwand Honorare	300,00
------------------------	--------

Gesamtkosten <u>ohne</u> Verwaltungsgemeinkosten (1. bis 3.)	
Verwaltungsgemeinkostenpauschale	
Gesamtkosten inklusive Verwaltungsgemeinkosten	1.900,-

**4. Eigenmittel**

Eigenmittel der/des Antragstellenden	
Spenden	
Teilnehmerbeiträge/Veranstaltungseinnahmen	
Sonstige Einnahmen (z.B. Mieteinnahmen)	
Drittmittel (z.B. Schule, Freiwilligendienst, Krankenkasse) Die entsprechenden Kooperationsverträge/Dienstleistungsverträge sind mit dem Antrag einzureichen.	/

Eigenmittel insgesamt	/
-----------------------	---

<b>5. Beantragte Zuwendung</b> (Gesamtkosten abzüglich Eigenmittel)	1.900,-
---------------------------------------------------------------------	---------



## Projektbeschreibung Erinnerung Deportation Sternschanze 1942

Am 15. und 19. Juli 1942 mussten sich insgesamt 1.962 Jüdinnen und Juden an der Sammelstelle auf dem Schulhof der damaligen Volksschule Schanzenstraße einfinden, um von dort zum Hannoverschen Bahnhof transportiert worden zu sein, von dort wurden sie nach Theresienstadt deportiert. Es waren auch jüdische Bürgerinnen und Bürger aus Kiel und Lübeck an der Deportation am 19. Juli 1942 betroffen, die sich hier einfinden mussten. Sie übernachteten nach Angaben von Zeitzeugen im zweiten Stock des Schulgebäudes. Berl Beit war zum Zeitpunkt der Deportation am 15. Juli 1942 12 Monate alt. Zu den Deportierten vom 19. Juli 1942 gehörte auch Max Mendel, der von 1925 bis 1929 dem Hamburger Senat für die SPD angehörte.

Insgesamt gab es 17 belegbare Deportationen von 1941 bis Februar 1945. Die vom 15. und 19. Juli 1942 erfolgte über die Sammelstelle am Sternschanzen Bahnhof. Es gibt aktuell ein Forschungsprojekt, die vier weitere Deportationen von die Sammelstelle Sternschanze über den Vieh-Bahnhof Sternschanze recherchiert. Zeitzeugen haben davon berichtet, aber bisher wurden keine Belege gefunden bzw. die umfangreichen Bestände sind diesbezüglich noch nicht auf diesen Vorgang gesichtet worden. Im Rahmen des Dokumentenzentrum Hannoverscher Bahnhof will man dies noch einmal überprüfen.

Im Viertel in unmittelbare Nähe um den Schanzenbahnhof/Sammelstelle Volksschule Schanzenstraße waren fünf „Judenhäuser“, in denen die jüdischen Menschen bereits von den Nazis räumlich konzentriert waren, um darüber die Deportationen zu organisieren. Die Deportierten vom 15. und 19. Juni 2019 kamen aber auch aus anderen „Judenhäusern“.

Die Erinnerungsaktivität richtet sich an die Bewohner/innen im Umfeld der damaligen Volksschule Schanzenstraße. Die Form ist die Initiierung eines Aufrufes zu einer Kundgebung am 15. Juli 2019, deren Durchführung und deren Bewerbung. Auf der Kundgebung wird u.a. der Schwiegersohn von Senator Mendel sprechen, die beiden Jüdischen Gemeinden sind angefragt.

### Zur Erinnerungstafel

Die Erinnerungstafel soll für eine größere Öffentlichkeit sichtbar an die beiden Deportationen erinnern. Es soll ein weißer Schriftzug auf blauem Grund sein, so dass eine schnelle Identifizierung für die Menschen, die durch die Straße gehen, erreicht werden kann, da man diese Tafel der Erinnerung nach kennt.

Es soll eine Emaille-Tafel abhängig von der Lesbarkeit des Texten 70 x 40 cm werden. Für den Fall, dass es Übergriffe auf das robuste Material gibt, sollte es zwei Ersatztafel auf Kunststoff geben, so dass es einen Ersatz gibt.

Der Text auf der Erinnerungstafel ist in der Anlage aufgeführt. Der Faktencheck erfolgt mit dem Dokumentationszentrum Hannoverscher Bahnhof, dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden und der Gedenkstätten Isrealistische Töchter Schule. Von einer Stelle gibt es eine positive Rückmeldung. Bei den anderen hat es urlaubsbedingt noch keine Rückmeldung gegeben.

Der Tag für die öffentliche Übergabe soll der 15. Juli 2019 sein, dem Tag der ersten Deportation über diese Sammelstelle. Die Form soll im Anschluss an eine Kundgebung um 18 Uhr auf dem Vorplatz von S-Bahnhof Sternschanze und dem SC Sternschanze erfolgen. Zu der Kundgebung rufen Nachbarn und ansässige Unternehmen auf. Bisher haben über 50 Unternehmen den Aufruf unterzeichnet, hinzu kommen noch Einzelpersonen, Sportvereine und Einrichtungen oder Vertretungen von Einrichtungen.

### Zur Kundgebung

Zur Kundgebung werden 150 DIN A3 Plakate in 4c produziert und 2.500 Flyer in DIN A5. Die Plakate sollen in den Geschäften ausgehängt und die Flyer ausliegen können. Die Mittel für die Fertigung und Herstellung werden von den Mitgliedern der Nachbarschaftsinitiative übernommen. Mit dem Aufruf wird in der Nachbarschaft und bei den Unternehmen wird das Gespräch genutzt, um auf den Fakt hinzuweisen und für eine gefühlte Nachbarschaft geworben. Die gesamte Aktivität zielt auf die Ansprache der Nachbarschaft.

Der Fakt, dass hunderte Jüdinnen und Juden an diesen beiden Tagen 1942 durch die Straßenzüge zur Sammelstelle gehen mussten und nichts daran erinnert auf diesem Weg, für die Nachbarschaft nichts an Anlass zum nachdenken angeboten wird, sollte bildlich verändert werden. Erinnerungstafeln haben einen hohen Wert und führen dazu, es in Erinnerung zu behalten und es im Alltagswissen stärker gegenwärtig ist. Auch wird damit gerechnet, dass es um diesen Vorgang eine mediale Aufmerksamkeit gibt.

Es gibt zu den fünf Judenhäusern um die Sammelstelle Projekte, um hier mit den Grundeigentümern in einen Diskurs zu kommen bzw. es gibt erste Gespräche. Die Mieter/Gewerbeunternehmen werden über diesen Stand und auch neue historische Informationen Kenntnis gesetzt. Es hat bisher zehn Nachbarschaftsinfo-Informationen gegeben um die Deportationen von 1941 bis 1945.

Die öffentliche Resonanz im Viertel ist sehr groß, da bis auf die Mieter an der Schule nichts der Fakt nicht bekannt ist und die Tat, dass man ein öffentliches Angebot macht, sehr positiv quittiert wird.

Auf der Kundgebung soll eine für geplante 150 Teilnehmer/innen geplante professionelle Sprechanlage eines gewerblichen Unternehmens eingesetzt. Deren Kosten werden eben wie der Druck von Mitgliedern der Initiative übernommen. Diese Kosten liegen zwischen 500 - 1.000 €.

Als Redner/innen für die Kundgebung gibt es Gespräche mit beiden jüdischen Gemeinden in Hamburg, es wird ein Überlebender der Juden-Verfolgung sprechen, für die Initiative eine Vertreterin der Kirchengemeinde und es ist eine Vertretung der Politik gewünscht. Nach den vier Reden soll die Erinnerungstafel übergeben werden.

### Zur Nachbarschaftsinitiative

Nach der Reinigung von 40 Stolpersteinen im Umfeld der damaligen Sammelstelle im September 2018, hat sich eine Initiative von Mietern gebildet, die Paten von Stolpersteinen

Ma

sind oder vor deren Wohnung ein Stolpersteine eingebracht sind. Der Zweck der Initiative ist die Organisation einer Kundgebung, deren Bewerbung und der Möglichkeit einer Erinnerungstafel.

Mit dem Grundeigentümer von drei Mietshäusern vor der hat es ein Gespräch gegeben, ob in Erinnerung an die Deportation eine für viele Menschen aus dem Viertel und Besucher/innen eine Tafel angebracht werden kann. Dem wurde zugestimmt. Bei der Anbringung ging es bisher um den Hauseingang Schanzenstraße 99.

Hamburg, den 13. Mai 2019

Anlage:

- Entwurf Erinnerungstafel-

### Überschrift

#### **Deportationen aus dem Schanzenviertel**

Am 15. und 19. Juli 1942 wurden 1.692 jüdische Frauen, Männer und Kinder über den Hannoverschen Bahnhof und den Kaltenkircher Platz aus dem Schanzenviertel ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Die meisten kamen aus den von den Nazis geschaffenen rund 80 "Judenhäusern" Hamburgs. Unter anderem aus denen in der Agathenstraße 3, Kleiner Schäferkamp 32 und Schäferkampsallee 25,27 und 29, im unmittelbaren Umfeld der Sammelstelle für die Deportationen.

Nie wieder darf so etwas geschehen. Wehret den Anfängen!

Stand 11. Mai 2019